

Vorschlag für den Umweltpreis 2016: Lebensraum Lechtal e.V.

Brief der UIP an die Landrätin

Sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,

die Umweltinitiative Pfaffenwinkel schlägt vor, den Umweltpreis 2016 an den als gemeinnützig anerkannten Verein „Lebensraum Lechtal e.V.“ zu verleihen.



Begründung:

Der Landkreis Weilheim-Schongau kann sich glücklich schätzen, einen so einzigartigen Fluss wie den Lech auf seinem Gebiet zu haben. Und der Lech und alle, denen er am Herzen liegt, freuen sich, dass es mit dem Lebensraum Lechtal e.V. einen Verein gibt, der sich um diesen wertvollen Naturraum kümmert.

- Mit Natur- und Artenschutzmaßnahmen bemüht sich der Verein, die Biotopbrücke Lech wiederherzustellen und den Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu erhalten.
- Mit kreativer Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit will Lebensraum Lechtal e.V. „die Herzen und Köpfe der Menschen für den Lech gewinnen“ (Zitat aus einer Broschüre des Vereins).
- Mit Besucherlenkung und Information ermöglicht und fördert der Verein naturverträgliche Erholung am Lech.

Bestens beraten von Experten und vernetzt mit anderen Organisationen arbeitet der Verein effektiv und kann sich über Erfolge freuen. Als Beispiel für die aktuellen Aktivitäten mag die „Redynamisierung der Litzauer Schleife“ dienen, die im Rahmen des Hotspot-Projekts „Alpenflusslandschaften – Vielfalt von Ammersee bis Zugspitze“ durchgeführt wird und unter anderem die Wiederansiedlung der Deutschen Tamariske zum Ziel hat. Dieses Projekt, das der Verein Lebensraum Lechtal in den Landkreis geholt hat, wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert.

Weitere Aktivitäten des Vereins Lebensraum Lechtal e.V. im Landkreis Weilheim-Schongau:

- Biotoppatenschaft/Flusspatenschaft mit Schulen in den Lechanrainer-Kommunen
- Beweidungsprojekte Wacholderheide Dessau, Lechaue Gründl, Lechaue Sperberau (Birkland)
- Biotoppflegemaßnahmen in den Lechleiten, Pflegemahd und Auflichtung z.B. in der Sperberau, an der Heidewiese Schongau, in der Tierarzttau (Burggen), Bogenwiesen (Steingaden)
- Artenschutzmaßnahme für die Zwergbirke im Schwefelfilz (Steingaden)
- Beratung von Landwirten/Landnutzern und Kommunen z.B. hinsichtlich Förderprogrammen des Naturschutzes (z.B. Weidegenossenschaft Burggen)
- Neugestaltung des LechErlebnisWegs zusammen mit dem Tourismusverband Pfaffenwinkel
- Kartierung von Frauenschuh und anderen hochbedrohten Pflanzenarten im Naturschutzgebiet Litzauer Schleife (2015)
- Ökohydraulische Modellierung der Morphodynamik in der Litzauer Schleife (2015; Untersuchung, ob und wie noch Kiesbänke umgelagert werden können)
- Geländepräsenz, Führungen und Vor-Ort-Information durch den Lech-Ranger (2016)
- Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt in den Lechleiten und zur Redynamisierung der Litzauer Schleife (u.a. im kommenden Winter Freistellung verbuschter Kiesbänke)
- Infostelle des Alpenflusslandschaften-Projektes in Schongau
- Umsetzung von Schutzmaßnahmen für den Uhu
- Workcamps mit Freiwilligen zusammen mit dem Bergwaldprojekt e.V.
- Zeitzeugen-Interviews mit Ortsansässigen über den Landschaftswandel am Lech (Veröffentlichung in Vorbereitung, Ausschnitte aktuell im Stadtmuseum Landsberg in der Lech-Sonderausstellung zu sehen)
- Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit (Führungen, Vorträge, Pressearbeit, social media, Infotafeln)

Mit freundlichen Grüßen
Claudia Fenster-Waterloo



Blick auf den Lech

Studie: Solarstrom-Kosten sinken schnell

Die Kosten für Solar- und Windstrom könnten in den nächsten zehn Jahren um 26 bis 59 Prozent fallen, sollten die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Das prognostiziert eine Branchenstudie der internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (Irena). Als Gründe für den Preisverfall gibt der Report an: eine Ausweitung der Produktion, effizientere Versorgungsketten und weitere technische Verbesserungen.

Der Preisverfall unterscheidet sich allerdings je nach Technologie: Für Wind an Land gibt der Bericht eine mögliche Kostenreduktion von 26 Prozent an, für Offshore-Wind 35 Prozent, für Solarthermie 37 Prozent und für Photovoltaik 59 Prozent.

Für 2025, so die Studie, seien Stromgestehungskosten im Durchschnitt von etwa fünf bis sechs Dollarcent pro Kilowattstunde möglich. Zwischen 2009 und 2015 seien die Preise für Solarmodule um 80 Prozent zurückgegangen. Je mehr Windmühlen und Solarpanels auf der Erde errichtet werden, desto billiger werden sie. Die Lernkurve zeigt: Verdoppelt sich die Zahl der Solarmodule, fallen die Kosten um ein Viertel. Die Kosten für die Windenergie würden mit jeder Verdoppelung der Kapazität immerhin noch um 19 Prozent fallen.

Erst Anfang der Woche war eine Studie des US-Analysedienstes Bloomberg New Energy Finance zum Ergebnis gekommen, dass ab 2025 die weltweite Kohle-, Öl- und Gaskraftwerks-Kapazität abnehmen und in den 2030er Jahren Strom aus Wind- und Solaranlagen in den meisten Teilen der Welt billiger sein werde als fossiler Strom.

Quelle: klimaretter.info/bra

Wie TTIP und CETA das Vorsorgeprinzip aushebeln und EU-Verbraucherschutzstandards schwächen

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA hebeln das europäische „Vorsorgeprinzip“ zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher aus – das belegt jetzt erstmals ein internationales Rechtsgutachten, das die Verbraucherorganisation foodwatch am 21. Juni 2016 vorgestellt hat.

Die Folgen der geplanten Handelsverträge zwischen Europäischer Union und den USA und Kanada seien weitreichend: So könnten zum Beispiel Chemikalien aus Nordamerika ohne europäische Zulassung auf den Markt kommen oder die Pestizidbelastung von Lebensmitteln steigen, heißt es in der Studie.

„Das europäische Vorsorgeprinzip ist in TTIP und CETA rechtlich nicht ausreichend abgesichert. Das Niveau des Gesundheits- und Verbraucherschutzes steht damit in Frage“, erklärte Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll, Direktor der Abteilung Internationales Wirtschaftsrecht und Umweltrecht an der Georg-August-Universität Göttingen, der das Rechtsgutachten im Auftrag von foodwatch gemeinsam mit zwei anderen Professoren erstellt hat.

Das in den Verträgen der Europäischen Union festgeschriebene Vorsorgeprinzip bildet eine wesentliche Grundlage für die Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherpolitik in Europa – und unterscheidet sich von dem vielfach nur „nachsorgenden Ansatz“ in den USA und Kanada. Während in Nordamerika in vielen Bereichen Substanzen so lange zugelassen werden, bis deren Schädlichkeit nachgewiesen wird, gilt beim Vorsorgeprinzip die Umkehr der Beweislast. Demnach muss ein Unternehmen – beispielsweise bei der Zulassung von Chemikalien – die Unschädlichkeit wissenschaftlich nachweisen und alle eigenen Studien dazu offenlegen. Regierungen in Europa müssen bei potenziellen Risiken vorsorgend aktiv werden, wenn es begründete Bedenken gibt.

Anders als von Vertretern der Bundesregierung und der Europäischen Union immer wieder behauptet, sei das Vorsorgeprinzip in den Vertragstexten für TTIP und CETA „nicht hinreichend verankert“, heißt es in der Studie für foodwatch. Sowohl TTIP als auch CETA bezögen sich zudem explizit auf rechtliche Verpflichtungen der Welthandelsorganisation (WTO), in denen sich das Vorsorgeprinzip, wie in Europa praktiziert, nicht wiederfindet. Regulierungsvorhaben, die sich



nister Heiko Maas gegenüber foodwatch, dass „das Vorsorgeprinzip bei den Verhandlungen nicht zur Disposition steht“. Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte, es werde „kein einziger Standard, der in der Europäischen Union oder in Deutschland gilt, abgesenkt“. Und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel versprach: „Eine Absenkung der erreichten Standards wird es nicht geben.“

„TTIP und CETA sind ein versteckter Angriff auf das europäische Vorsorgeprinzip. Klammheimlich soll ein Verfassungsrecht ausgehebelt werden – mit fatalen Folgen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Behauptung der Bundesregierung, das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes würde nicht angerührt und europäische Standards seien nicht in Gefahr, ist eine vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit“, sagte foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode. „Das Vorsorgeprinzip wird in den Handelsverträgen nicht an einer einzigen Stelle genannt.“ Quelle: umwelt-kompass.com

auf das Prinzip der Vorsorge berufen, könnten somit in Zukunft verzögert, verwässert oder verhindert werden, so die Autoren.

Politiker in Brüssel und Berlin sowie Wirtschaftsvertreter behaupten hingegen, das Vorsorgeprinzip sei durch TTIP und CETA nicht in Gefahr. So erklärte Bundesjustizmi-

nister Heiko Maas gegenüber foodwatch, dass „das Vorsorgeprinzip bei den Verhandlungen nicht zur Disposition steht“. Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte, es werde „kein einziger Standard, der in der Europäischen Union oder in Deutschland gilt, abgesenkt“. Und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel versprach: „Eine Absenkung der erreichten Standards wird es nicht geben.“

Volksbegehren gegen CETA: Start der Unterschriftensammlung

Mit einer großen Aktion
am 16. Juli 2016 (von 10 bis 13 Uhr)
auf dem Marienplatz in Weilheim

startet die Unterschriftensammlung. Wenn 25.000 Unterschriften in ganz Bayern erreicht werden, kann der Zulassungsantrag für das Volksbegehren eingereicht werden.

Mit dem Volksbegehren soll die bayerische Landesregierung dazu gezwungen werden, im Bundesrat gegen die CETA-Ratifizierung zu stimmen. Damit setzen wir auch die anderen Landesregierungen unter Druck. Denn wie sollen Hannelore Kraft oder Winfried Kretschmann im Bundesrat mit „Ja“ stimmen, wenn sogar Freihandelsfreund Horst Seehofer mit „Nein“ votiert? So versuchen wir von Bayern aus, das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA zu verhindern.

Die Initiative dazu ging aus von fünf Organisationen:

- Umweltinstitut München
- Mehr Demokratie Bayern
- Bund Naturschutz in Bayern
- Compact und
- Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB).



Ich bin dabei!

Die Aktion in Weilheim wird organisiert von den 13 Mitgliedern des „Stop TTIP/CETA/TISA“-Bündnisses Weilheim-Schongau, zu denen auch die Umweltinitiative Pfaffenwinkel gehört.

Deutschland bremst bei der Energiewende

Warum brauchen wir immer erst Katastrophen, bis wir aufwachen? Seit Jahrzehnten diskutiert die Welt über den Klimawandel.

In Paris wurde im Dezember 2015 von 195 Regierungen endlich beschlossen, den Klimawandel ernsthaft zu bekämpfen und eine weltweite Energiewende einzuleiten. Eine der wenigen Regierungen, die diese Beschlüsse jetzt sabotiert, ist die große Koalition in Berlin. Die Groko unterstützt weiter die alte Kohlekraft anstatt die Erneuerbaren Energien, denen die Zukunft gehört.

Und das passiert in einer Woche, in der jetzt der Klimawandel auch in Deutschland so richtig zuschlägt. Nun sind auch hier die ersten Todesopfer zu beklagen: Harmlose Bäche werden zu reißenden Strömen, hunderte Menschen müssen mit Hubschraubern von ihren Dächern gerettet werden, Kinder übernachten wegen des Hochwassers in Schulen.

Bisher war die Klimakatastrophe immer weit weg. In Afrika sind bereits 18 Millionen Klimaflüchtlinge unterwegs, die ersten kommen jetzt über das Mittelmeer zu uns wie 2015 die Syrien-Flüchtlinge – und müssen dabei tausendfach ertrinken. In Bangladesch sind Teile des Landes mit 164 Millionen Menschen bereits unbewohnbar, am Südpol und Nordpol schmilzt das Eis drama-

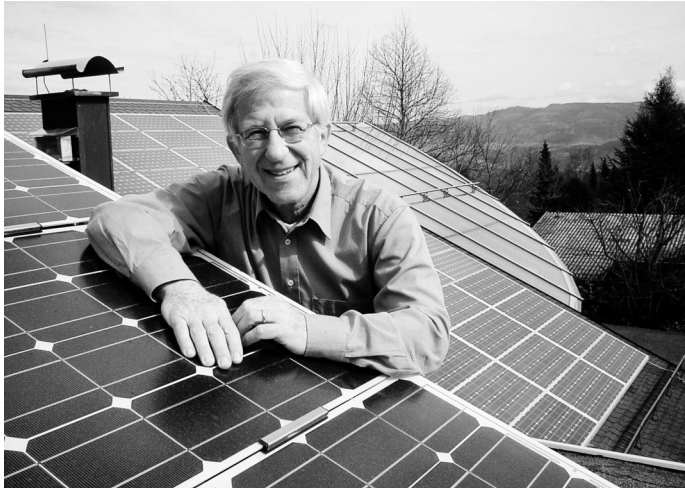


Foto: Caren Alt

tisch und damit die wichtigsten Süßwasserreserven unseres Planeten, im Südpazifik sind die ersten Inseln durch den Anstieg des Meeresspiegels verschwunden. Ein Rekord-Hitzejahr jagt das andere.

Jetzt sehen und spüren wir auch bei uns, was der Klimawandel mit uns anstellt: Bäume und Autos werden mitgerissen, Wasser schießt durch Wohnhäuser in Bayern und Baden-Württemberg, Katastrophenalarm im Landkreis Rottal-Inn.

Wir verbrennen heute an einem Tag mit Kohle, Gas und Öl so viele Ressourcen, wie die Natur in einer Million Tagen angesammelt hat. Das hält dieser Planet auf Dauer nicht aus. Mit unserer heutigen Energiepolitik verbrennen wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Der weltweit renommierte deutsche Klimaforscher Professor Hans-Joachim Schellnhuber hat sein neues Buch „Selbstverbrennung“ genannt. Ein schrecklicher Titel, der aber unsere Lage exakt beschreibt.

Dabei erleben wir in Deutschland gerade-



Presseprecherin und verantwortlich für Seite 6, 7 und 8:

Claudia Fenster-Waterloo
(V.i.S.d.P. und Autorin aller nicht namentlich gekennzeichneten Artikel)
Hammerschmiedstr. 8a
86989 Steingaden
Tel.: 08862 932430
mail@german-editors.de

Internet: www.uip-online.de

Satz und Layout:

Jürgen Müller, j.mueller6@gmx.net

Das nächste UIP-Treffen:

**Mittwoch, 13. Juli 2016, 19:30 Uhr
in der Zechenschenke
(Zechenstraße 2 in Peiting)**

mal die noch harmlosen Vorboten des Klimawandels. Aber genau in dieser Zeit bremst die Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien, damit die alten Energieversorger weiterhin ihre Kohlekraftwerke betreiben können. Die Große Koalition in Berlin geht wieder einmal vor der mächtigen Kohlelobby in die Knie.

China, die USA, Indien, und viele andere Länder von Iran bis nach Marokko beschleunigen die Energiewende, aber der einstige Vorreiter Deutschland bremst sie aus. 2015 wurden weltweit über 285 Milliarden Dollar in den Ausbau von erneuerbaren Energien investiert. Das entspricht einer Leistung von 150 Atomkraftwerken. Bis 2012 gehörte Deutschland zu den Pionieren, inzwischen gehören wir eher zu den Bremsern. Wie viele Katastrophen müssen denn noch passieren, bis wirklich etwas passiert?

Quelle: Franz Alt (www.sonnenseite.com)

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. ist ein gemeinnütziger Verein.

Alle Spenden sind also steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto: Kreissparkasse Schongau · IBAN: DE16 7345 1450 0000 1099 00 · BIC: BYLADEM1SOG

Tel.: 0 88 61 / 25 97 99 5
Fax: 0 88 61 / 25 67 99 6

Bio im Lech-Ammer-Land

naturmarkt
Peiting

Öffnungszeiten
Mo – Fr: 7:30 – 19:00 Uhr
Sa: 7:30 – 13:00 Uhr

info@naturmarkt-Peiting.de
www.naturmarkt-Peiting.de
Freistraße 2 · 86971 Peiting

Shopping im grünen Bereich

LayArt vielseitig kreativ

Briefpapier ·
Visitenkarten ·
Homepage ·
Hosting ·
Werbung ·
Design ·
Audio ·
Video ·

Jürgen Müller
Amselstr. 31
86956 Schongau
Tel.: 08861 900398
info@layart.org